

Geschäftsführung:  
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Stadt  
Lüdenscheid**

**am 29.01.2026**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Erster Stellvertretender Bürgermeister Christoph Weiland  
CDU

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	ab 17:01 Uhr
Ratsherr Michael Dregger	CDU	
Ratsfrau Fabiola Ferber	SPD	Vertretung für Ratsherrn Kruber
Ratsherr Jamel Hellwig	SPD	
Ratsherr Lucas Karich	CDU	
Ratsherr Holger Kluin	SPD	
Ratsherr Thomas Staubach	AfD	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Tobias Weigt	AfD	ab 17:02 Uhr
Herr Josef Filipppek	Die Linke	
Frau Angelika Klassen	CDU	Vertretung für Herrn Rump
Herr Mario Maracic	CDU	
Herr Sören Miossec	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Neuhoff	AfD	
Herr Volker Schmidt	SPD	
Herr Florian Wüllner	FDP	

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler  
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus  
Frau Martina Pabst  
Frau Sabine Weichler  
Herr Thomas Linnepe

#### **Schriftführung:**

Herr Benjamin Luschnat

## **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Thomas Kruber	SPD
Herr Rüdiger Rump	CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:32 Uhr

### **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

### **2. Berichts- und Beschlusskontrolle**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erläutert, dass der aktuelle Stand der laufenden Aufträge und Anfragen an die Verwaltung aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt ersichtlich ist. Die ansonsten enthaltenen Anträge, Anfragen und Aufträge, zu denen teils in vergangenen Sitzungen bereits Zwischenstände präsentiert wurden, befinden sich aktuell noch in der Bearbeitung.

### **3. Vorstellung des Fachdienstes Verwaltungsmodernisierung Vorlage: 362/2025**

---

Der Ausschussvorsitzende Weiland begrüßt Frau Pabst und Herrn Linnepe zu diesem Tagesordnungspunkt und erteilt dem Ersten Beigeordneten Kessler das Wort.

Der Erste Beigeordnete Kessler möchte mit dieser Vorlage u.a. den Aufbau und die Zielsetzung des Fachdienstes Verwaltungsmodernisierung vorstellen und zugleich mit Frau Pabst, Herrn Linnepe und Herrn Borlinghaus, der an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, die verantwortlichen Personen vorstellen.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### **4. Sachstand zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Vorlage wird nachgereicht Vorlage: 005/2026**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erklärt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt heute ein Dokument in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Für die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, liegt ein Papierausdruck an den jeweiligen Plätzen. Er erteilt sodann das Wort an Stadtkämmerer Haarhaus.

Ergänzend zu der Beschlussvorlage führt Stadtkämmerer Haarhaus aus, dass für das Zieljahr 2034 des Haushaltssicherungskonzeptes ein Defizit von 32 Mio. € auszugleichen ist. Hierzu werden zwischen der Kämmerei, dem Fachdienst Verwaltungsmodernisierung und allen Fachdiensten Haushaltsgespräche geführt. Ziel dieser Gespräche ist es, Digitalisierungs- und Organisationsthemen, Möglichkeiten der Automatisierung und sonstige interne wie externe Abläufe und Prozesse zu besprechen. Die bisherigen Gespräche seien bislang sehr konstruktiv verlaufen. Nach Abschluss aller Gespräche werden die Ergebnisse zusammengetragen, im Verwaltungsvorstand besprochen und in den Haushalt mit eingearbeitet. Für das Vorjahr 2025 sind aus der Haushaltsentwicklung aktuell keine nennenswert negativen Entwicklungen erkennbar. Die Gewerbesteuer ist derzeit noch unverändert auf einem wünschenswerten Niveau. Gleiches gilt für die Einnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer. Das Thema Grundsteuer wird im weiteren Verlauf der Sitzung noch besprochen. Für die Hilfen zur Erziehung wurden heute noch überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Entwicklung dieser Kostenart ist derzeit noch nicht absehbar.

In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses wird es einen Sachstand zur aktuellen Entwicklung der Haushaltsplanungen geben.

Herr Filippke fragt nach, ob und wie der durch externe Einflüsse in Schieflage geratene städtische Haushalt durch interne Maßnahmen ausgeglichen werden kann und wann mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs zu rechnen ist.

Zur ersten Frage stimmt Stadtkämmerer Haarhaus zu, dass ein Großteil der Mehrbelastungen durch externe Faktoren begründet ist. Er nennt beispielsweise die Kosten für die Hilfen zur Erziehung. Dennoch wird sich die Verwaltung auch auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels einstellen müssen. Hierin besteht ein Risiko, aber auch eine Chance für Veränderungen. Auch hierzu werden Maßnahmen entwickelt.

Zur Frage des Zeitplanes zum Haushalt antwortet Stadtkämmerer Haarhaus, dass es weiterhin das Ziel ist, in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause den Haushalt eingebracht zu haben.

Ausschussvorsitzender Weiland empfiehlt, zu den Hilfen zur Erziehung die letzte Benchmark-Studie, die auch im letzten Jugendhilfeausschuss präsentiert wurde, einzusehen. Im Verhältnis zu anderen Städten ist die Stadt Lüdenscheid eher positiv aufgestellt. Hoffnung macht auch der Abschlussbericht der Sozialstaatskommission, der viele mögliche Vereinfachungen enthält.

Herr Schmidt ergänzt zur Sozialstaatsreform, dass mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung mögliche Verbesserungen zu erwarten sind. Hierbei wird es darauf ankommen, in welcher Form Sozialleistungen zusammengelegt werden und wer Kostenträger ist. Als Beispiele werden das Jobcenter und das Wohngeld genannt. Potential sieht Herr Schmidt vor allem in der pauschalen Gewährung von Leistungen, die bislang personal- und arbeitsintensiv sind.

Der Erste Beigeordnete Kessler führt aus, dass die finanziellen Belastungen im Sozialbereich größtenteils über die Kreis- bzw. Landschaftsverbandsumlage entstehen. Das Zusammenlegen von Gesetzen und Zuständigkeiten wird im Ergebnis zu Haushaltsverschiebungen führen. Es gibt hierzu beispielsweise Überlegungen bei der Gewährung von Wohngeld. Hier übernimmt derzeit die Kommune die Sach- und Personalkosten vollständig. Sollte diese Leistung in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters wechseln, wäre unter Beibehaltung der derzeitigen Kostenregelung (Bund übernimmt 83,7 % der Personalkosten) die monetäre Entlastung für den städtischen Haushalt deutlich spürbar. Unabhängig von den noch anstehenden politischen Diskussionen, sieht der Erste Beigeordnete Kessler eine gute Grundlage bei der Vereinheitlichung des

Einkommensbegriffs. Er schlägt vor, die wesentlichen Inhalte aus der Sozialstaatsreform im nächsten Finanzausschuss und Sozialausschuss kurz bekanntzugeben.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**5. Bewirtschaftungsregelungen während der vorläufigen Haushaltsführung  
Vorlage: 004/2026**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erteilt Herrn Filippek das Wort.

Herr Filippek fragt, ob die dringenden Bauprojekte wie u.a. Neubau Grundschule Lösenbach von den Bewirtschaftungsregelungen betroffen sind und hierdurch nicht fortgeführt werden können.

Stadtkämmerer Haarhaus erklärt, dass diese Regelungen gemäß § 82 GO NRW immer dann greifen, wenn zu Beginn eines Haushaltsjahres noch keine Haushaltssatzung bekanntgemacht werden konnte. Da in der Vergangenheit zum Jahresanfang häufig noch keine Haushaltssatzung in Kraft getreten ist, griffen die Regelungen des § 82 GO NRW auch schon in den Vorjahren automatisch. Der Zustand der vorläufigen Haushaltsführung sollte nicht zu lange dauern, daher erarbeitet die Verwaltung auch ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Ansonsten wäre dieser vorübergehende Zustand dauerhaft der Fall, was es zu vermeiden gilt.

Die Erfüllung gesetzlicher Pflichten, die Einhaltung von Verträgen und die Durchführung laufender Projekte werden hierdurch nicht gestoppt. Stadtkämmerer Haarhaus stellt klar, dass es sich hierbei nicht um eine Haushaltssperre handelt. Eine separate Haushaltssperre gibt es nicht.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Bewirtschaftungsregelungen während der vorläufigen Haushaltsführung werden zur Kenntnis genommen.

**6. Sachstand zur Grundsteuer B - differenzierende Hebesätze**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erklärt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kurzfristig ein Bericht in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Für die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, liegt ein Papierausdruck an den jeweiligen Plätzen. Er erteilt Stadtkämmerer Haarhaus das Wort.

Die Grundbesitzabgabenbescheide werden nach den Ausführungen von Stadtkämmerer Haarhaus nicht wie üblich im Januar verschickt. Die Entscheidung hierzu wurde aufgrund des notwendigen Vorlaufs zum Bescheidversand im Dezember 2025 getroffen, als das Urteil des VG Gelsenkirchen noch ganz frisch war und die Urteilsbegründung noch nicht vorlag. Das VG Gelsenkirchen hat geurteilt, dass die Anwendung differenzierender Hebesätze rechtswidrig ist. Inwieweit das auch höchstrichterlich bestätigt wird, bleibt abzuwarten. Anfang März wird ein Urteil des VG Düsseldorf erwartet und auch das VG Köln wird sich

noch zu diesen Sachverhalten äußern. Es besteht daher die Absicht, zunächst das Urteil aus Düsseldorf abzuwarten. Anschließend sollte eine Entscheidung über das weitere Verfahren getroffen werden. Das Einnahmeausfallrisiko liegt für das Jahr 2026 bei rd. 4 Mio. €.

Herr Neuhoff stellt die Frage, inwieweit der spätere Versand der Grundbesitzabgabenbescheide Auswirkungen auf die Liquidität der Stadt hat. Hierzu antwortet Stadtkämmerer Haarhaus, dass der spätere Versand durch Einnahmeverersatz für einen Zeitraum von mindestens drei Monaten einen Liquiditätsnachteil bedeutet. Demgegenüber entstünden Zusatzkosten, wenn die Bescheide zweimal verschickt worden wären. Auch mit einer nicht unerheblichen Anzahl an Widersprüchen wäre in diesem Fall zu rechnen, was zusätzlichen Aufwand bedeuten würde.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

---

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

---

#### **7.1.1. Mündliche Bekanntgabe zur Verpackungssteuer**

Ausschussvorsitzender Weiland erteilt Frau Weichler das Wort.

Zur Verpackungssteuer erinnert Frau Weichler an die letzte Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss am 23.06.2025. Seinerzeit wurde bereits darüber berichtet, dass vor Einführung einer neuen Steuerart in NRW ein Antrag beim zuständigen Ministerium für Finanzen und Kommunales zu stellen ist. Nach der einhelligen Meinung des Finanzausschusses des Städtetages und der Ministerien sollte dieser Antrag möglichst von einer größeren Stadt gestellt werden. Vor diesem Hintergrund hat der Haupt- und Finanzausschuss seinerzeit von der Einführung einer Verpackungssteuer in Lüdenscheid zunächst Abstand genommen. Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, zu diesem Thema weiter zu berichten. Im Juni 2025 hatten die Räte der Städte Köln und Bonn bereits die Einführung einer Verpackungssteuer beschlossen. Ein Antrag zur Genehmigung liegt beim genannten Ministerium bislang jedoch noch nicht vor. Die Verwaltung wird weiter berichten.

---

### **7.2. Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

#### **7.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der AfD-Fraktion vom 10.12.2025 zur Rechtmäßigkeit der differenzierten Grundsteuer-Hebesätze in Lüdenscheid ab 2025**

Ausschussvorsitzender Weiland erklärt, dass zur Beantwortung der schriftlichen Anfrage der AfD-Fraktion ein Dokument in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde und für die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, ein Papierausdruck vorliegt.

Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Ausschussvorsitzender Weiland fragt die Ausschussmitglieder, ob Bedarf an einer nichtöffentlichen Sitzung besteht. Das wird von allen Ausschussmitgliedern verneint.

Er bedankt sich für die Teilnahme und die Aufmerksamkeit und schließt die Sitzung.

*gez. Weiland*

Christoph Weiland  
Vorsitzender

*gez. Luschnat*

Benjamin Luschnat  
Protokollführer